

Bericht von der letzten Gemeinderatssitzung

Die letzte Gemeinderatssitzung fand statt am Montag, 18.05.2020 im kleinen Saal im Konzerthaus in Trossingen. Nach der Bürgerfrageviertelstunde, in der keine Fragen mehr an die Verwaltung gerichtet wurden, wurde folgende Tagesordnung beraten:

1. Kriminalstatistik 2019

Der Leiter des Polizeireviers Spaichingen Herr Fiormarino und der Leiter des Polizeipostens Trossingen Herr Dressler berichteten von der Kriminalstatistik des vergangenen Jahres. Rückblickend war festzustellen, dass sich in Trossingen relativ wenige Straftaten ereigneten. Die Stadt Trossingen war im letzten Jahr die sicherste unter den umliegenden Städten wie Tuttlingen, Donaueschingen, Villingen-Schwenningen, Rottweil oder Spaichingen. Die Aufklärungsquote lag bei 58%, hängt aber stark von der jeweiligen Deliktsart ab. Es sind Roheitsdelikte in der Regel immer aufklärbar, während beispielsweise bei Parkremplern mit anschließender Fahrerflucht nur sehr selten Erfolge erzielt werden können. Festzustellen war eine leichte Zunahme bei Tatverdächtigen unter 21 Jahren und eine leichte Zunahme bei den Jugenddelikten um 4 Tatverdächtige, bei den Kindern um 6 Tatverdächtige. Erfreulich ist die Abnahme der gefährlichen oder schweren Körperverletzungsdelikte von 16 Fällen im Jahr 2018 auf jetzt 8 Fälle, wobei auch die Zahl der Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum um 6 Delikte auf nunmehr 18 Delikte gefallen ist. Bei der Rauschgiftkriminalität ist eine Zunahme auf 49 Delikte zu verzeichnen, wobei der Großteil davon auf einfache Verstöße wie Besitz und Konsum entfällt. Bei Verkehrsunfällen gab es im vergangenen Jahr keine getötete Person, was ein sehr erfreuliches Ergebnis ist. Sehr gering ist die Zahl der Unfälle unter Alkoholeinwirkung mit insgesamt vier Verkehrsunfällen im gesamten Jahr 2019. Unfallfluchten, im Großteil Parkplatzrempler, sind leicht angestiegen, so gab es insgesamt 96 Verkehrsunfälle. Ein Unfallschwerpunkt kristallisierte sich an der Ernst-Hohner-Straße/Zepplinstraße heraus. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist um einen von sechs auf sieben Wohnungseinbrüche im Jahr 2019 angestiegen. Rund 30 % der Tatverdächtigen sind nicht deutsch, zugleich betonten die Vertreter der Polizei, dass man nicht feststellen könne, dass durch den Zuzug aus dem Ausland einen Anstieg der Kriminalität eingetreten sei. Aus dem Gemeinderat wurde betont, dass man sich zwar über die sehr gute Sicherheitslage in der Stadt freue und die niedrige Kriminalitätsbelastung zu begrüßen sei, dass aber trotzdem in der Bevölkerung an gewissen Orten der Stadt ein subjektives Unsicherheitsgefühl herrsche, das sich in den Kriminalitätszahlen nicht widerspiegle. Dem könne vor allem durch eine stärkere Präsenz der Polizei im Straßenraum der Stadt vorgebeugt werden. Allerdings sei auch dem Gemeinderat bewusst, dass die Personaldichte der Polizei in Baden-Württemberg insgesamt sehr dünn sei. Von Seiten der Polizei wurde betont, dass nach Möglichkeit immer zumindest ein Streifenwagen im Trossinger Stadtgebiet unterwegs sei, auch an Abenden und am Wochenende. Es gäbe in Trossingen keine Stelle, wo der Bürger Angst haben müsse, von Unbekannten überfallen zu werden. Gerade schwerere Straftaten spielten sich in der Regel im Bekanntenmilieu ab.

2. Vorstellung Wohnprojekt Behindertenhilfe Stiftung Liebenau

Bürgermeister Dr. Maier begrüßte in der Sitzung als Vertreter der Stiftung Liebenau Herrn Walter und Herrn Hösch, die die Pläne für ein Wohnprojekt der Behindertenhilfe in Trossingen vorstellten. Diese sollen im Baugebiet Albblick in der Nähe des neuen Kindergartens umgesetzt werden. Vorgesehen ist, in Abstimmung mit dem Sozialdezernat des Landkreises Tuttlingen zum einen ein Wohngebäude für 24 behinderte Personen und zum anderen ein Gebäude für Betreuung und Förderung von insgesamt 12 behinderten Personen zu errichten. Diese beiden Gebäude sollen unabhängig voneinander gebaut werden. Durch dieses Projekt soll sichergestellt werden, dass mittel- und langfristig auch behinderte Menschen aus Trossingen vor Ort betreut werden könnten und so in ihrer normalen Umgebungsstruktur verbleiben könnten. In der geplanten Einrichtung sollen erwachsene Menschen mit geistiger und/oder mehrfacher Behinderung mit unterschiedlich hohem Unterstützungsbedarf aus dem Landkreis Tuttlingen untergebracht werden und

wohnen. Im Gebäude für die Betreuung und Förderung sollen insgesamt zwölf Plätze entstehen, wobei es sich bei dem Angebot um eine therapeutische Arbeit und nicht um eine Behindertenwerkstatt handeln soll. Insgesamt sollen dafür fünf Bauplätze im Baugebiet Albblick von der Stadt bereitgestellt und an die Stiftung Liebenau verkauft werden. Aus dem Gemeinderat wurde begrüßt, dass die Stiftung Liebenau in der Stadt Trossingen eine Behinderteneinrichtung schaffen will. In dieser Hinsicht sei Trossingen noch ein weißer Fleck. Auch sei es jetzt, bevor die anderen Bauplätze und Baugebiete verkauft würden, der richtige Zeitpunkt, über dieses Projekt zu informieren und so die nötige Akzeptanz zu schaffen. Der Gemeinderat stimmte den Planungen für die beiden Gebäude einstimmig zu, sodass nun in die nähere Umsetzung eingetreten werden kann.

3. Förderung der Berufseinstiegsbegleitung in der Löhrschule

Der Schulleiter der Löhrschule Herr Finsterle berichtete im Gemeinderat von einem Projekt, das für besonders schwer vermittelbare Jugendliche an der Löhrschule von besonderer Bedeutung sei. Die Berufseinstiegsbegleitung unterstützt Schülerinnen und Schüler ab der Vorabgangsklasse bei der Erreichung des Schulabschlusses und bei der Eingliederung in eine berufliche Ausbildung. Dadurch erhöhen sich die Chancen auf einen Übergang ins Erwerbsleben. Dieses Projekt wurde bisher zu 50 % von der EU mitfinanziert, diese Förderung ist allerdings ausgelaufen. Das Land wird diesen Anteil zur Hälfte übernehmen, die Stadt soll nun die andere Hälfte davon tragen. Es handelt sich um insgesamt 45.000 € für zwei Jahrgänge über zweieinhalb Jahre. Auch wenn aus dem Gemeinderat zurecht betont wurde, dass eine solche pädagogische Arbeit eine Sache des Landes und nicht der Stadt sei und deshalb auch von dort finanziert werden müsste, beschloss der Gemeinderat, diese Förderung mitzutragen, um für die davon profitierenden Jugendlichen bessere Startchancen ins Leben zu schaffen. Es käme Schülern zugute, die sich ansonsten im Leben schwer tun würden, und diese Unterstützung auch brauchten.

4. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2020 bis 2035 – Vorberatung

Der bisherige Flächennutzungsplan muss für die nächsten 15 Jahre fortgeschrieben werden. Hierzu hatte die Verwaltung eine Reihe von möglichen Erweiterungsgebieten vorgelegt und erarbeitet, die für zukünftige Wohnbebauung oder gewerbliche Nutzung geplant werden könnten. Der Gemeinderat war im Vorfeld in einer Klausursitzung bereits über diese Optionen informiert worden. Die Aufnahme von Flächen in den Flächennutzungsplan ist die Voraussetzung dafür, dass dann zu einem späteren Zeitpunkt ein Bebauungsplan erstellt werden kann und dort gebaut werden darf. Von Seiten der Verwaltung wurde empfohlen, möglichst großzügig in das Verfahren zu gehen, um für die Zukunft genügend Vorsorgeflächen zu haben. Ohne die Ausweisung einer Fläche im Flächennutzungsplan hätte der Gemeinderat in der Zukunft keine Möglichkeit, handlungsfähig zu bleiben und Wohn- und Gewerbebau möglich zu machen. Es sei zu befürchten, dass das Thema Flächensparen und Flächenverbrauch noch stärker als bisher auf der Agenda der Landes- und Bundespolitik bleiben werde. Dann wird die Neuausweisung von Flächen in der Zukunft noch mehr als heute erschwert. Wenn jetzt Flächen im Flächennutzungsplan als potenzielle Bauflächen ausgewiesen würden, bedeutet dies noch nicht, dass diese dann auch zwingend bebaut werden würden. Der Gemeinderat bliebe hierbei immer Herr des Verfahrens, und könne auch jederzeit beschließen, eine Fläche eben nicht baulich zu nutzen. Das Wachstum der Stadt könne so jederzeit durch den Gemeinderat gesteuert werden. Sodann wurden dem Gemeinderat die verschiedenen optionalen Flächen vorgestellt, die für eine mögliche Bebauung vorstellbar sind. Eine Option ist eine weitere Bebauung der Flächen nördlich von Albblick bzw. Solweg, die nordwestlich der Stadt als Wohnbauflächen entstehen könnten. Auch wurden weitere Wohnbauflächen im nordöstlichen Bereich der Stadt nördlich des Reitstalls diskutiert. Damit könnte das Stadtgebiet arrondiert und abgerundet werden. Das Wohngebiet Langwiesen könnte Richtung Umspannwerk mit einem Teil Wohngebiet und einem Teil Mischgebiet Richtung Westen erweitert werden. Intensiv diskutiert wurde ein mögliches Mischgebiet Kesselsteig, das westlich der Heinz-Mecherlein-Straße auf Höhe Kapfstraße neu geplant werden könne. Auch ein Baustreifen südlich von Gölten wurde

andiskutiert, aber wieder verworfen. Auch in Schura sollen weitere Wohnbauflächen eingeplant werden, die bereits im Ortschaftsrat diskutiert wurden. Der Gemeinderat schloss sich insoweit den Vorschlägen des Ortschaftsrates an. Weiter vorgesehen sind kleinere gewerbliche Arrondierungen im Bereich Hirschweiden und Teufelsgurgel, die allerdings keine eigenständigen Gewerbegebiete darstellen. Vielmehr handelt es sich um kleinere Erweiterungsflächen für bereits vorhandene Unternehmen. Die in der Sitzung vorgestellten möglichen Erweiterungsflächen sollen in der nächsten Gemeinderatssitzung nochmals aufgerufen und diskutiert werden. In der Folge soll dann noch vor der Sommerpause der Aufstellungsbeschluss für einen neuen Flächennutzungsplan gefasst werden.

5. Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen aufgrund der Verbreitung des Corona-Virus, Umgang mit Kinderbetreuungsbeiträgen im Monat Mai

Der Gemeinderat beschloss, den Eltern, die ihre Kinder aufgrund der Coronakrise nicht in Kindergärten und Kinderkrippen betreuen lassen konnten, die Elternbeiträge für den Monat Mai zu erlassen. Dies bedeutet, dass die Stadt diese Beiträge den Trägern selbst überweist und sie nicht von den Eltern eingezogen werden. Wie die weitere Ausgestaltung der Kinderbetreuung in den Kindergärten in den nächsten Wochen aussehen wird, war zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht abschließend klar. Ebenfalls unklar war noch die Frage, inwieweit die erweiterte Notbetreuung, die vom Land angekündigt war, in der Stadt auch umgesetzt werden könnte. Der Gemeinderat beschloss, die Elternbeiträge dann nur nach der tatsächlichen Inanspruchnahme durch die Eltern zu erheben. Für Kinder, die die Notbetreuung in Anspruch nahmen, sollen die regulären Elternbeiträge erhoben werden. Aus dem Gemeinderat wurde bemängelt, dass von Seiten des Landes nur sehr kurzfristig und sehr unklare Regelungen für die Zukunft der Kinderbetreuung bekannt gegeben würden. Die Eltern seien darauf angewiesen, planen zu können und verlässliche Informationen vom Land zu erhalten.

6. Rainstraße, Aufhebung der Ausschreibung und Neuausschreibung

Die geplanten Straßen, Kanal- und Leitungsbaumaßnahmen in der Rainstraße wurden im März öffentlich ausgeschrieben. Es hatte allerdings nur eine Firma ein Angebot abgegeben. Das Angebot liegt deutlich über den vorhandenen Finanzmitteln. Dies liegt unter anderem auch daran, dass belastetes Aushubmaterial teuer entsorgt werden muss. Da das vorhandene Budget deutlich überschritten wäre, beschloss der Gemeinderat, die Ausschreibung aufzuheben und die Bauarbeiten in einer beschränkten Ausschreibung erneut auszuschreiben.

7. Brücke Im Tal, Vergabe der Bauarbeiten für Brücken- und Straßenbau

Nachdem diese Maßnahme bereits ausgeschrieben und wieder aufgehoben worden war, lag nun das Ergebnis der darauffolgenden beschränkten Ausschreibung vor. Durch die Neuausschreibung konnte gegenüber den ursprünglichen Ergebnissen eine Verbesserung von rund 67.000 € erreicht werden. Der Gemeinderat beschloss, den Auftrag für die Brückenbauarbeiten an die Firma Günther aus Unterkirnach und die Straßenbauarbeiten an die Firma Walter aus Trossingen zu vergeben.

8. Bebauungsplan „Alte Säge“, Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Nachdem seit Jahren Gespräche mit möglichen Investoren für das Gebiet „Alte Säge“ beim ehemaligen Sägewerk Burgbacher laufen, und Investoren immer wieder aus verschiedenen Gründen abgesprungen waren, konnte nun der aktuelle Bebauungsplan „Alte Säge“ beschlossen werden, der dann auch von einem Investor umgesetzt werden soll. Dem Gemeinderat wurden die von den verschiedenen Behörden eingegangenen Stellungnahmen zur Abwägung vorgetragen, wobei keine schwerwiegenden Bedenken geäußert wurden. Es sollen insgesamt fünf Wohngebäude errichtet werden. Das gesamte Grundstück wird mit einer Tiefgarage ausgestattet, um den Parkdruck aus den umliegenden Straßen zu nehmen.

Der Gemeinderat stimmte der vorgeschlagenen Abwägung der Stellungnahmen und dem Satzungsbeschluss des Bebauungsplans „Alte Säge“ zu.

9. Bekanntgaben

Von Seiten der Verwaltung gab es keine Bekanntgaben.

10. Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf Nachfrage aus dem Gemeinderat berichtete die Verwaltung, dass derzeit noch keine Aussage getroffen werden könne, wann das Naturbad TROASE für den Publikumsverkehr eröffnen werde. Hier müsse die weitere Entwicklung in Sachen Corona abgewartet werden. Nachdem mittlerweile die Sportanlagen im Freien wieder eingeschränkt öffnen könnten, berichtete die Verwaltung auf Nachfrage, dass mittlerweile von Vereinen bereits Konzepte für den Trainingsbetrieb vorgelegt worden seien, die den Corona-Vorschriften entsprechen und auch genehmigt werden könnten.

Auf Nachfrage berichtete Stadtkämmerer Herr Henninger, dass noch nicht abgeschätzt werden könne, wie sich die Corona-Krise konkret auf die Finanzen der Stadt Trossingen auswirken werde. Hier müssten die nächsten Steuerschätzungen und die verlässlichen Berechnungen für die Stadt Trossingen abgewartet werden.

Von Seiten der OGL wurde nachgefragt, was aus den angeforderten Radwegeplanungen geworden sei, und es wurde ein Antrag zu konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Radwegesituation in der Stadt vorgelegt. Bürgermeister Dr. Maier erwiderte, dass in der Tat von Seiten der Verwaltung noch Vorarbeiten für ein Radwegekonzept geleistet werden müssten. Allerdings sei dies die Zuständigkeit des Ordnungsamtes, das derzeit durch das Corona-Virus sehr in Anspruch genommen sei. Hier gelte es, die sich laufend ändernden Veränderungen in der Corona-Verordnung umzusetzen und deren Einhaltung zu überwachen, sodass kaum Zeit für anderes bleibe. Er bitte hier um Geduld. Sobald es die zeitlichen Kapazitäten zuließen, würde sich die Verwaltung dieses Themas annehmen.

Es schloss sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

In dieser Sitzung unterrichtete Bürgermeister Dr. Maier den Gemeinderat, dass er vorhabe, sich auf die Stelle des Ordnungsbürgermeisters in der Landeshauptstadt Stuttgart zu bewerben. Dies sei eine Chance, die er nicht ungenutzt verstreichen lassen könne. Er bat den Gemeinderat aber, dies nicht als Bewerbung gegen die Stadt Trossingen zu werten. Er arbeite sehr gerne und mit Freude hier, und werde dies auch weiterhin tun, wenn seine Bewerbung in Stuttgart keinen Erfolg haben werde. Die Wahl in Stuttgart wird Ende September stattfinden, die Stelle müsste dann zum 01.11. angetreten werden.